



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST



Rede von
Staatssekretärin Petra Olschowski
anlässlich der Plenardebatte
„Gesellschaftlicher Zusammenhalt“
am 11. April 2018 in Stuttgart

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine sehr geehrten Damen und Herren –

Wer sich im Moment umschaute und umhört, egal ob bei Stiftungen, Parteien, sozialen Initiativen, religiösen Gruppen, wer Zeitung liest und die neuen soziologischen Publikationen verfolgt, der stellt fest, dass die Frage, wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa bestellt ist, den öffentlichen Diskurs beherrscht. Sie ist mit der Sorge verbunden, dass nicht länger zusammenhält, was laut Verfassungen, Verträgen und Tradition zusammenhalten soll: Deutschland, Europa, die westliche Welt.

Egal ob Emmanuel Macron oder Frank-Walter Steinmeier – und viele andere mehr – sie alle sprechen bei wichtigen Auftritten in diesen Monaten über den Zusammenhalt als Herausforderung. Offenbar gibt es ein drängendes Gefühl der Verunsicherung beim Blick in die nahe Zukunft.

Und so bin ich dankbar, dass wir auch hier im Landtag von Baden-Württemberg heute die Frage debattieren, wie wir zusammenleben wollen und wie wichtig uns dafür Leitideen wie Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Toleranz und unser Gemeinwohl tatsächlich sind.

Es geht um die Werte, die fast alle Menschen suchen – egal wie alt und welcher Herkunft sie sind: soziale Gerechtigkeit, echte Menschlichkeit, also Empathie, Solidarität.

Dabei ist Gesellschaftlicher Zusammenhalt kein neues Thema! Es war die Vision von vielen vor uns und ist es heute von vielen von uns: Ein Leben im friedlichen, respektvollen Miteinander.

Die Bertelsmann-Stiftung hat in ihrer aktuellen Studie zum sozialen Zusammenhalt in Deutschland kürzlich definiert: „Eine kohäsive Gesellschaft ist gekennzeichnet durch belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit ihrer Mitglieder mit dem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohl-orientierung.“

Darüber reden wir, wenn wir über gesellschaftlichen Zusammenhalt sprechen.

Von Kunst und Kultur ist in diesem Zusammenhang immer dann die Rede, wenn es um den Kitt oder - wie Macron es sagt - „ciment“, also um den Zement bzw. das Bindemittel, geht, das einzelne Menschen zu einer Gemeinschaft zusammenbindet. Die bundesweite Initiative kulturelle Integration schreibt in ihren Thesen: „Kultur trägt neben der sozialen Integration und der Integration in Arbeit wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.“

Dem wollen wir uns in dieser Landesregierung mit besonderer Kraft stellen. Und zwar nicht nur ideell, sondern auch konkret mit finanziellen Programmen und Mitteln. Das gilt allerdings unter dem Vorbehalt der Freiheit und Unabhängigkeit der Kunst. Sie darf nicht instrumentalisiert werden. Das widerspricht ihrem Wesen grundsätzlich.

Um zu verstehen, mit welchen Entwicklungen man es tatsächlich und nicht „gefühlte“ zu tun hat, muss man diesen Prozess allerdings offen und nicht ideologisch vorgeprägt analysieren, nur dann kann man die richtigen Fragen stellen und die richtigen

Antworten finden. Und dann zeigt sich, dass die Behauptung, die Flüchtlingsbewegung nach Deutschland, die Multikulturalität oder gar die Sicherheit im öffentlichen Raum spiele eine zentrale Rolle bei einer drohenden Spaltung der Gesellschaft, wie von der AfD immer wieder behauptet, falsch ist.

Die tatsächliche Situation sieht anders aus:

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung legt auch belastbares Material für das Verhältnis zwischen Migration und Zusammenhalt vor. Und das Ergebnis ist, dass man – ich zitiere aus der Studie – „keinen Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungsanteil an Ausländern und Migranten und der Qualität des Zusammenlebens feststellen“ kann. Und das gilt übrigens gerade auch für Baden-Württemberg, das als Land bei dieser Umfrage sehr gut abschneidet in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt, gerade weil es – wie die Umfragen zeigen – eine lange positive Erfahrung mit Zuwanderung und gesellschaftlicher Vielfalt hat.

Wir machen hier also eine ganze Menge richtig, und daran ändert sich auch nichts, wenn manche immer wieder das Gegenteil behaupten.

Wenn ich den Damen und Herren der AfD auch heute wieder zuhöre, wie sie immer wieder und wieder die gleichen Unwahrheiten behaupten, wie sie zu jedem beliebigen Thema die Flüchtlinge und die Sicherheitspolitik als Ursache beliebiger Themen benennen, muss ich an Winston Churchill denken, der gesagt hat: „Ein Fanatiker ist ein Mensch, der seine Ansicht nicht ändern kann und das Thema nicht wechseln will.“

Meine Damen und Herren,
trotzdem wäre es fahrlässig, man würde die zentralen Probleme, die wir haben, nicht benennen. Dabei bietet die Kultur nicht nur Handlungsmöglichkeiten. Sie ist auch ein Feld, auf dem die Debatte, die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, philosophischen und politischen Grundfragen ausgetragen wird.

Im Hintergrund stehen tiefgreifende Problemfelder und Konflikte: die großen Ungleichheiten bei Vermögen und Bildungschancen zwischen, aber auch innerhalb von Nationen; die Integration von Menschen nicht nur anderer Herkunft, sondern auch aller Altersgruppen, Schichten, Bildungsniveaus.

Es geht um die Konsequenzen der Globalisierung, des Klimawandels, um Perspektiven im Umgang mit unseren begrenzten Ressourcen, es geht um die komplexen Herausforderungen, die mit den technischen und naturwissenschaftlichen Neuerungen vor allem im Bereich Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verbunden sind.

Es geht aber auch darum, dass wir die Entwicklung hin zu immer mehr Individualisierung und (wie es der Soziologe Andreas Reckwitz nennt) der stärkeren Ausprägung singulärer Lebenskonzepte mit den Interessen der Gemeinschaft in Einklang bringen.

Viele Kulturschaffende schätzen die Lage durchaus brisant ein und finden klare Worte. Der japanisch-britische Literaturnobelpreisträger Kazuo Ishiguro beispielsweise sprach vor wenigen Monaten bei der Verleihung des Nobelpreises sehr deutlich von den vergangenen etwa 30 Jahren als einer „Epoche der Selbstgefälligkeit und der vertanen Gelegenheiten“, was dazu geführt habe, dass sich rechtsextreme Ideologien und völkische Nationalismen „rasant ausbreiten“, dass Rassismus, „ob traditioneller Prägung oder in seinen moderneren, professioneller vermarkteten Erscheinungsformen“ wieder im Kommen sei.

Und da Nationalismen und Rassismus von Abgrenzung profitieren, da Spaltung ihr politisches Instrument ist, da sie davon leben, vermeintliche Feindbilder zu schaffen, bieten sie keine Lösungen für unsere Probleme an. Es geht ihnen nicht um ein positives Weltbild, sondern um Machtgewinn. Dafür ist ihnen jedes (rhetorische) Mittel recht: Abwertung, zynische Destruktion und Zersetzung.

Was wir aber brauchen sind: neue, progressive, einigende Ideen und Vorstellungen für eine vielfältige Gesellschaft der Zukunft.

Denn: Diversität ist eine Tatsache und eine Chance.

Versteht man Kunst und Kultur im Sinne eines freien Felds der Möglichkeiten und des Experiments (und nicht als hierarchisch von oben bestimmte Leitkultur), so können über Kunst gewonnene Erfahrungen aufgrund ihres kreativen Potenzials gesellschaftliche Differenzen überbrücken, Verbindendes schaffen über Klasse, Stand, Religion, Sprache, individuelle Prägung hinweg. Und nicht zuletzt: Kunst ist Umgang mit Vielfalt, bietet Spielräume, um Neues, Innovatives auch im Umgang miteinander zu erproben.

Wir brauchen die Freiheit der Kunst und mit ihr die Freiheit der kritischen Stimme, des offenen Wortes und des unverstellten Blicks. Dabei geht es gerade nicht darum, unsere Kulturvorstellungen jemandem aufzuzwingen.

Machen wir uns nichts vor: Kunst und Kultur können auch trennen, spalten, ausgrenzen, wenn sie bestimmte klassen- oder bildungsspezifische Codes bedienen. Aber: Kunst hat auch das Potenzial, Menschen zusammenzubringen – und darum geht es hier. Kultur ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und schafft dadurch Heimat – in dem Sinn, in dem es Ministerpräsident Winfried Kretschmann kürzlich in der FAZ schrieb, als eine „Politik der Heimatfindung, die Menschen ins Gemeinwesen hinein holt“. Kultur ist also ein „Baustein für kulturelle Demokratie“, wie es der Europa-Rat schon in den 1970er Jahren formulierte.

Der Kulturpolitik, der Öffnung der Kultureinrichtungen und insbesondere auch der kulturellen Bildung für alle Altersgruppen kommt in diesem Sinn eine zentrale Rolle für die Stärkung und Entwicklung einer aufgeklärten, offenen Gesellschaft zu.

Wir haben eine reiche Kulturszene in Baden-Württemberg, sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum. Und sehr viele Menschen in diesem Land nutzen und schätzen dieses breite Angebot. Die Kulturinstitutionen und die Künstlerinnen und Künstler selbst leisten heute schon einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt – vor Ort, in ihren Gemeinden, Städten, Kreisen, aber auch darüber hinaus. Und sie haben in der Vermittlung heute breitere Teile der Gesellschaft im Blick als noch vor ein paar Jahren – über neue Orte, neue Formen der Vermittlung, neue Kooperationen. Das gilt für die Subkultur ebenso wie für die großen Schauspiel- und Opernhäuser, die

international ausstrahlen, oder für die Amateurkunst, es gilt für die Metropolen ebenso wie für die Angebote im ländlichen Raum.

Gerade in den vergangenen zwei, drei Jahren haben die Künstlerinnen und Künstler in Deutschland gesellschaftliche, teilweise auch politische Fragen, Themen und Modelle verstärkt in ihre Arbeit und Methodik aufgenommen. Dass Kunst auf Gesellschaft bezogen ist, ist eben keine Ideologie!

Kunst hat immer mit dem Menschen zu tun. Sie arbeitet mit der Gesellschaft und manchmal arbeitet sie sich auch an ihr ab. Kunst gibt mit ihrem Mitteln ein Bild vom Zustand unserer Welt wider. Und sie schafft Räume, in denen Menschen sich selbst und die Welt in der sie leben, erfahren können. Diese Entwicklung müssen wir weiter stärken!

Denn – um ein ganz einfaches Beispiel zu nennen – wer einmal auf einer Bühne in die Rolle eines anderen geschlüpft ist, hat eine Erfahrung gemacht, die Fremdes und Eigenes in ein anderes Verhältnis bringt.

Oder: Wer vor einem Gemälde in einem Museum einmal ganz in die Welt einer anderen Zeit, eines anderen Menschen, ganz in einen anderen Blick darauf versunken ist, der wird dieses Erlebnis weiter mit sich tragen.

Wer einmal im Chor gesungen hat, der kennt die – ja: geradezu körperliche – Erfahrung, ganz bei sich, bei seiner Stimme, seinem Atem, bleiben zu können und zu müssen und doch ein gemeinschaftliches Erlebnis mitzutragen, über das Singen Gemeinschaft zu bilden.

Wie sagt es der große Autor Kazuo Ishiguro in seiner Nobelpreisrede über das Wesen des Geschichtenerzählens: „Für mich besteht der Kern (einer) Geschichte darin, dass sie Gefühle mitteilt. Dass sie anspricht, was uns Menschen über alle Grenzen und Unterschiede hinweg eint. (...) Am Ende (aber) handeln Geschichten immer davon, dass ein Mensch zu einem anderen sagt: So empfinde ich das. Verstehst du, was ich sage? Empfindest du genauso?“

Meine Damen und Herren – Für die Kulturpolitik unseres Landes bedeuten diese Überlegungen zur Veränderung unserer Gesellschaft, dass wir sowohl sofort konkrete Förderinstrumente schaffen als auch längerfristig planen.

In den nächsten beiden Jahren werden wir zum einen eine neue Förderlinie auflegen, die sich speziell mit den Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts beschäftigt und Projekte unterstützt, die diese Thematik behandeln.

Darüber hinaus beginnen wir im Sommer mit der Debatte um eine Kulturpolitik für die Zukunft. Als Ergebnis sollen zum Ende dieser Legislaturperiode neue Leitlinie für die Kunstförderung vorgelegt werden. Auch dabei spielt die Frage nach der Rolle von Kunst und Kultur für den Zusammenhalt eine wesentliche Rolle.

Bleiben wir aber zunächst bei den aktuellen Programmen:

Ich danke dem Landtag, dass er uns die Möglichkeit gibt, in den Haushaltsjahren 2018/19 über unsere normalen Förderlinien im Bereich des Innovationsfonds, der Interkultur und der Kulturellen Bildung hinaus ein Sonderbudget für Kulturprojekte zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Höhe von 4 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Sonderbudget werden Kulturprojekte gefördert, die verstärkt die Zivilgesellschaft beteiligen.

1. Unter anderem stellen wir spartenübergreifend Projektmittel in Höhe von rund 2 Mio. Euro zur Verfügung für eine neue Programm-ausschreibung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Förderung von künstlerischen und kulturellen Projekten“.

Mit diesem Programm fördern wir in den nächsten zwei Jahren Kunstprojekte, die mit dialogorientierten und partizipativen Formaten arbeiten, die neue Kooperationsformen jenseits der etablierten Kulturräume erproben und Bürgerbeteiligung ins Zentrum der künstlerischen Arbeit stellen – und zwar insbesondere abseits der städtischen Zentren. Die Ausschreibung geht heute raus.

2. Mit einem Sonderbudget in Höhe von 1 Mio. Euro stärken wir zudem ein weiteres Mal die Kultur im ländlichen Raum: in diesem Fall Vermittlungsprojekte der regionalen ländlichen Freilichtmuseen. So ergänzen wir die umfangreiche Programmförderlinie im ländlichen Raum, unser Engagement zusammen mit der Bundeskulturstiftung auf der Schwäbischen Alb – Trafo – beispielsweise und unseren großen Einsatz für die Musikvereine und -verbände, speziell für die Nachwuchs- und Bildungsarbeit.
3. Ein weiterer Baustein ist die Begleitung des Lindenmuseums auf dem Weg zur Entwicklung einer neuen, zeitgemäßen Museumskonzeption, die die Vielfalt unserer Gesellschaft spiegelt, aber auch die schwierige Geschichte (Kolonialismus) aufarbeitet.

Darüber hinaus haben wir mit dem Sonderbudget auch den Bereich der Wissensvermittlung in der Forschung besser ausgestattet. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen:

1. Wir beteiligen uns an dem Deutschen Zentrum für Migration und Integration über eine Kooperation mit dem Mannheimer Zentrum für Sozialforschung mit jährlich 285.000 Euro.
Wir fördern diesen Bereich, damit Fakten statt Behauptungen in der Öffentlichkeit stehen.
2. Anlässlich von 100 Jahre Ende des 1. Weltkrieges unterstützen wir die Arbeit des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg in den kommenden zwei Jahren.

Ich danke dem Landtag für das Sonderbudget zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und der Grünen-Fraktion dafür, dass das Thema heute hier Raum gefunden hat.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, meine Damen und Herren, bedeutet nicht, dass wir keine Konflikte austragen. Zusammenhalt bedeutet, dass die Gesellschaft sich einen verbindlichen Rahmen gibt, innerhalb dessen sie ihre Konflikte auf demokratischem

Weg, vorwärtsgewandt austragen kann, ohne dass dadurch das ganze Gefüge Gefahr läuft, in Frage gestellt zu werden. Dazu brauchen wir Zusammenhalt, also eine aufgeklärte, offene Gesellschaft, die ihre Verantwortung erkennt und die politischen und kulturellen Bedingungen für die nächste Generation schafft.

Vielen Dank!